

## **Amtsgericht Bottrop**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll im Amtsgericht Bottrop am

**Donnerstag, 26.03.2026, 09:00 Uhr,  
I. Etage, Sitzungssaal 10, Droste-Hülshoff-Platz 5, 46236 Bottrop**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Bottrop, Blatt 18668,  
BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Bottrop, Flur 171, Flurstück 288, Gebäude- und Freifläche, Wohnen,  
Haßlacherstr. 37, Größe: 751 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Laut Verkehrswertgutachten - erstellt nach Innenbesichtigung - handelt es sich um eine 1-geschössige Einfamilien-Doppelhaushälfte mit Dachgeschossausbau nebst vollunterkellelter Doppelgarage. Das Gebäude ist vollunterkellert. Baujahr 1994. Es sind Baulasten im Baulastenverzeichnis der Stadt Bottrop eingetragen.

Wohnfläche: ca. 158 m<sup>2</sup>. Grundstücksgröße: 751 m<sup>2</sup>.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.02.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

480.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der

Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.